

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Nie wieder Auschwitz!

Vor 76 Jahren, am 27. Januar 1945, befreite die Rote Armee der Sowjetunion das nationalsozialistische Vernichtungslager Auschwitz und setzte dem grausamen Handeln dort ein Ende. Eineinhalb Millionen Menschen – darunter fast 1,3 Millionen Jüd*innen, Roma*nja und Sinti*zze, sowjetische Kriegsgefangene und antifaschistische Widerstandskämpfer*innen wurden hier ermordet. Nicht zuletzt das mutige und aufklärerische Wirken von Frankfurter Staatsanwälten um den damaligen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer brachte in der Erwirkung der Auschwitzprozesse und der Verurteilung von Eichmann, entgegen der damaligen Regierung Konrad Adenauer (CDU), dieses Verbrechen in das Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit. Seit jeher steht Auschwitz als Symbol für die Vernichtung von Menschenleben und Ausdruck unvergleichlicher Barbarei durch den Rassenwahn im deutschen Faschismus. Daraus gilt es zu lernen.

Wir dürfen nicht vergessen, dass hinter den Nazis stand das Geschäft stand. Das Interesse der Führungsschichten der damaligen Industrie- und Bankenwelt sowie im militärischen sowie staatlichen Apparat war eine Politik des Gewinn- und Machtstrebens, welche zwei Funktionen erfüllen sollte. Nach innen: die autoritäre Absicherung sozialer Privilegien Weniger, entgegen demokratischer Bestrebungen der Bevölkerung welche die Eigentumsverhältnisse zunehmend in Frage stellte. Nach außen: die Einleitung der Durchsetzung großangelegter Expansionspolitik durch Krieg mit der Zielsetzung dem deutschen Reich „einen Platz an der Sonne“ zu verschaffen. Die Ideologie, bestehend aus Rassismus, Antisemitismus, Chauvinismus, Nationalismus und Militarismus war hierbei der Zweck. Ziel war von Anfang an der Erweiterte Zugriff auf Rohstoffe, Absatzmärkte sowie Investitionsgebiete.

Der Jahrestag der Befreiung von Auschwitz ist Mahnung, endlich den Nährboden für Faschismus auszutrocknen und gegen das kleine und große Unrecht unserer Tage zu wirken, überall dort wo das Menschenrecht mit Füßen getreten wird. Es bedarf einem Ende der neoliberalen Politik, welche Menschen in Armut stürzt und Menschen aus Nord- und Südeuropa und West- und Osteuropa gegeneinander ausspielt. Es ist eine Politik, welche durch ihre Außenpolitik mittels unfairer Freihandelsabkommen und Kriege andere Länder ausbeutet und Menschen in die Flucht treibt. Eine Politik, welche diejenigen zu Sündenböcken erklärt, die durch die Festung Europa ermordet werden, genauso wie diejenigen, die es schaffen, nach Europa zu kommen. Es bedarf eines Endes jener Politik, die durch Menschenverachtung das Profitstreben über die Würde des Menschen setzt. Dafür haben alle eine Bedeutung.

Im deutschen Faschismus haben die Hochschulen mit der pseudowissenschaftlichen Rassenlehre sowie Kriegsforschung wesentlich zum Vernichtungskrieg und zum Holocaust beigetragen. Als Lehre daraus sollte die Wissenschaft nie wieder für menschenverachtende Interessen in Dienst genommen werden. Als Studierende haben wir, wie jedes andere Mitglied dieser Universität, die Verantwortung die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eben diese Wissenschaft, das Studium und die Lehre nicht für Profitinteressen missbraucht werden, sondern dem Wohle Aller dient.



In diesem Sinne gedenken die Studierenden der Universität Lüneburg den Opfern des Holocaust und rufen alle dazu auf, entsprechend aus der Geschichte zu lernen, den Kampf gegen Rechts und seinem Nährboden aufzunehmen und für die Verwirklichung einer besseren Welt des Friedens, der Menschlichkeit und Solidarität zu wirken.